

Zeit ist Geld - im wahrsten Sinne

Damit die Renten besser werden, sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr in die Pensionskasse einzahlen. Die Freie Liste will den Minimalbeitrag vom koordinierten AHV-Jahreslohn von 8 auf 10 Prozent erhöhen. Der Arbeitgeber soll dabei 55 Prozent bezahlen.

JANINE KÖPFLI

VADUZ. Wenn ein junger Mensch ins Arbeitsleben eintritt, macht er sich kaum Gedanken, wie er nach seiner Pension seinen Lebensunterhalt bestreitet. Immerhin zahlt er jeden Monat seinen Beitrag in die AHV und die Pensionsversicherung ein. Seit 25 Jahren müssen neben AHV-auch Pensionskassenbeiträge geleistet werden, dies ist im Gesetz festgeschrieben. Der junge Mensch kann also davon ausgehen, dass er eine Rente erhalten wird.

3600 Franken im Monat?

Ein Rechenbeispiel der Freien Liste zeigt jedoch, dass die Höhe dieser Rente wohl kaum reichen wird, um den gewohnten Lebensstandard zu halten. Denn der Versicherte schafft es mit einem Monatslohn von 6000 Franken und 40 Arbeitsjahren gerade mal auf eine Monatsrente von 3600 Franken. Tatsächlich ist die Monatsrente aus der Pensionskassenversicherung im Rechenbeispiel nur gerade 1400 Franken hoch (siehe Tabelle). Es sei davon auszugehen, dass viele Arbeitnehmer in Liechtenstein keine 6000 Franken im Monat verdienen und daher in eine noch schwierigere Lage kommen werden, sagte der FL-Abgeordnete Thomas Lageder in einer Pressekonferenz gestern Nachmittag in Vaduz.

Kommt hinzu, dass Arbeitnehmende sich heute nicht nur für ein typisches Arbeitsverhältnis zu hundert Prozent während 40 Jahren entscheiden. Teilzeitangestellte oder Eltern, die eine Babypause machen, haben Lücken in ihrer Pensionskasse. «Da atypische Arbeitsverhältnisse vor 25 Jahren noch kein Thema waren und Teilzeitarbeit nur als Zusatzverdienst verstanden wurde, bleiben die Anliegen dieser Arbeitnehmenden für das Obligatorium in der 2. Säule bis heute unberücksichtigt», heisst es in der Begründung der Motion der Freien Liste.

System «ausnutzen»

Die Freie Liste möchte mit der Motion auch, dass die Regierung zumindest überprüft, ob eine Einschränkung des Kapitalbezugs bei Rentenanstritt möglich ist. Viele Angestellte lassen sich am Ende ihres Berufslebens die Pensionskasse einmalig auszahlen. Damit haben sie keine mo-



Bild: Elma Korac

Die Landtagsabgeordneten der Freien Liste Helen Konzett Bargetze, Patrick Risch, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer wollen, dass sich in Sachen Pensionskasse möglichst schnell etwas ändert.

AHV und Pensionskasse reichen kaum für gewohnten Lebensstil

Die Motionäre zeigen anhand eines Rechenbeispiels, wie sich die Situation von schlecht Versicherten darstellt. Es wird von einem Arbeitnehmer ausgegangen, dessen Jahreslohn bei 72000 Franken liegt, was einem Monatslohn von 6000 Franken entsprechen würde. Die Motionäre sind sich bewusst, dass eine wesentliche Anzahl der Arbeitnehmer in Liechtenstein ein Auskommen unter diesem Lohnniveau finden muss. Die Situation stellt sich also für viele Arbeitnehmer noch dramatischer dar.

	Liechtenstein		Schweiz	
BPVG-Minimum (AG und AN)	0 8 % ¹	0 8 % ²	0 10 % ³	0 12.5 % ⁴
Verhältnis	50:50	50:50	55:45	50:50
Jahreslohn	72'000	60'000	72'000	72'000
Koordinierter Lohn	58'080	46'080	58'080	47'640
Jahresbeitrag total	4'646	3'686	5'808	5'955
Jahresbeitrag AG	2'323	1'843	3'194	2'978
Jahresbeitrag AN	2'323	1'843	2'614	2'978
Kapital bei Rentenanstritt	252'150	200'053	315'7188	323'165
Jahresrente	16'894	12'003	21'118	21'975
Monatsrente	1'408	1'000	1'760	1'831

Quelle: Motion Freie Liste,^{1,2,3,4} weitere Angaben in Motion, Vaterland-Infografik: Arturo Zaccheo



natliche Rente. Für die Freie Liste ist dies mit ein Grund, warum der Anteil der Leistungsbezüger in der 2. Säule nicht mehr ansteigt.

«Verständlich», sagt Thomas Lageder. «Wenn Versicherte nach ihrem Arbeitsleben wählen können, ob sie sich für eine weit unter 2000 Franken liegende monatliche Rente oder für den einmaligen Kapitalbezug von rund 250 000 Franken entscheiden, wählen sie im Wissen um das Sicherheitsnetz der AHV-Ergänzungsleistungen oft den Ka-

pitalbezug.» Damit könne das geltende System bestmöglich ausgenutzt werden.

Ein System eines Staats, der sparen will, ja muss. Es liege heute im Interesse des Staates, weniger Ergänzungsleistungen auszahlen zu müssen. In der Realität sieht es aber so aus, als ob der Staat in den nächsten Jahren erst richtig in den sauren Apfel beißen muss. Denn die demografische Entwicklung zeigt, dass der grosse Schub an Menschen, die ins Pensionalter kommen, erst noch kommt.

Betroffen sind vor allem schlechter verdienende Arbeitnehmer im Gewerbe. Sie können sich meist auch keine dritte Säule leisten. «Sie sind dem System ausgeliefert», sagte Wolfgang Marxer.

Arbeitnehmer braucht 3. Säule

Tatsächlich kann ein Arbeitnehmer nicht viel machen, wenn er feststellt, dass sein Arbeitgeber nur den gesetzlichen Minimalbeitrag an die betriebliche Personalvorsorge leistet. «Er kann sich lediglich um eine drit-

te Säule bemühen oder muss den Arbeitgeber wechseln», sagt Thomas Lageder. Wege, die nicht jedem Arbeitnehmer offenstehen.

Diskussionen - früher und heute

Gerade deswegen sieht die Freie Liste den politischen Vorstoss als dringend notwendig an. Auch die Regierung ist zur Zeit damit beschäftigt, das Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) zu überarbeiten. Schon bei der Einführung vor 25 Jahren warnten VU- und FBP-Abgeordnete, dass der Minimalsatz von 8 Prozent für eine genügende Altersvorsorge nicht ausreichen wird. Damals wollte die Regierung den Satz stufenweise auf bis zu 12 Prozent erhöhen, ähnlich wie in der Schweiz. Die LIHK sprach sich jedoch für den Mindestsatz aus. Die Wirtschaftskammer wehrte sich gar gegen eine obligatorische Altersversicherung.

Dementsprechend verwundert es die Freie Liste nicht, dass die Wirtschaftskammer sich gegen den Vorstoss ausspricht. Geschäftsführer Jürgen Nigg warnt davor, die Lohnnebenkosten weiter ansteigen zu lassen. Dies verschlechtere die Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Liechtenstein enorm. Die LIHK formuliert ein vorsichtiges Statement, die Lohnnebenkosten sind aber auch hier ein Thema. Einen ähnlichen Vorstoss wie die Freie Liste plante der Arbeitnehmerinnenverband: «Wir meinen, dass die Erträge aus einem ganzen Arbeitsleben ausreichen sollen, um einen würdigen Lebensstil nach Austritt aus der Arbeitswelt führen zu können, und dies nicht über staatliche Ergänzungsleistungen», schreibt Sigi Langenbahn (siehe Spalte).

Alarmierender Punkt erreicht

Eine Erhöhung des Minimalbeitrages auf 10 Prozent sei noch nicht das Gelbe vom Ei, für eine richtige Verbesserung der Renten wären bis zu 15 Prozent das Ziel, sagte Thomas Lageder. Es müsse aber unbedingt jetzt eine Anpassung geben. «Eigentlich ist die Atombombe bereits explodiert. Was in 30 Jahren nicht eingezahlt wurde, kann nicht in 5 Jahren nachgezahlt werden», sagte Lageder und möchte damit aufzeigen, dass jeder Tag zählt, wenn es um die Altersvorsorge geht.

Reaktionen der Wirtschaftsverbände

LIHK:

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) will sich noch näher mit der Motion beschäftigen. Gemäss Vorabinformation enthält die Motion Punkte, die näher geprüft werden sollten, wie beispielsweise eine partielle Einschränkung des Kapitalbezugs bei Rentenanstritt, heisst es in einer Stellungnahme. Was die Anhebung der Minimalbeiträge sowie die Aufteilung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge betrifft, wird eine allenfalls damit verbundene Erhöhung der Lohnnebenkosten zu beachten sein. Die Auswirkungen auf die LIHK-Mitgliedsunternehmen können erst nach Kenntnis des vollständigen Motionstextes geprüft werden.

Wirtschaftskammer:

Geschäftsführer Jürgen Nigg kann der Forderung der Freien Liste, die Minimalbeiträge zur betrieblichen Personalvorsorge auf 10 Prozent zu erhöhen, nichts abgewinnen. Im Gegenteil, er verweist auf die Lohnnebenkosten. Werden diese weiter erhöht, werden die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein verschlechtert. Der Fachkräftemangel könnte damit auch in Zukunft nicht gelöst werden.

LANV:

Sigi Langenbahn, Geschäftsführer des LANV, ist der Meinung, dass «wir langsam in eine Zweiklassengesellschaft von Rentnern» driften. Aus diesem Grund hatte der LANV ebenfalls einen Vorstoss in eine ähnliche Richtung (Anhebung auf 10 Prozent) geplant. Es sei heute nicht mehr für alle Rentner möglich, mit den AHV- und PK-Leistungen einen würdigen Lebensstil führen zu können. Das Zinsumfeld habe sich geändert, auch die Lebenskosten steigen massiv. Aufteilung in 5,5 % AG, 4,5 % AN wäre gerecht.